



60. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland e.V.

Protokoll:

Arbeitskreis Europäische Außen- und Sicherheitspolitik am 25.04.2015

Beginn: 15:20 Uhr

Schluss: 17:00 Uhr

Referenten:

Prof. Dr. Matthias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik, Berlin

Dr. Dietrich von Kyaw, Botschafter a.D. Mitglied des Präsidiums der EUD

Der Workshop drehte sich um die Entwicklungsperspektiven der gemeinsamen Außen- und Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Es folgte eine Lageanalyse durch Prof. Jopp, die durch Herrn von Kyaw zusätzlich unterfüttert wurde. Festgehalten wurde, dass es im Ukraine Konflikt schwere Völkerrechtsverletzungen gegeben hat. Ein neuer Ost-West-Konflikt ziehe auf, man müsse aufpassen, dass die Lage nicht eskaliere. Zudem gebe es in Nordafrika (Libyen), im Nahen und Mittleren Osten Krisenherden, die stabilisiert werden müssten, genannt wurden insbesondere Tunesien und Marokko, in denen es vor allem darauf ankomme, eine Zivilgesellschaft zu etablieren. Libyen sei ein separater Krisenherd. Man müsse den Schleppern das Handwerk legen durch Zusammenarbeit mit Kräften vor Ort, der Regierung, aber auch mit Warlords. Die Zerstörung der Schlepperboote bleibe eine Frage des Völkerrechts.

Die USA seien nicht mehr die alleinige unipolare Macht, China, Indien, Indonesien folgten in den Fußstapfen. Es gebe zunehmend eine Multiplex-World-Order. Die Frage wurde aufgeworfen, was wir tun müssten und was wir bräuchten. Hauptbündnispartner blieben die USA, TTIP sollte genutzt werden, um dieses Bündnis zu verfestigen. Der Europäische Integrationsprozess müsse mehr unter strategischen Optionen betrachtet werden – Europa sei das Mittel, um die Welt noch mitzugestalten. Rasch müsse die Krise in Europa überwunden werden, um eine Festigung nach innen zu erreichen - wirksame Außenpolitik gebe es nur auf stabilem Grund und innere Stabilität Sorge für äußere Handlungsfähigkeit. Eine europäische Sicherheitsstrategie müsse definiert werden, Deutschland bremse hier, weil man Sorge hat, dass man hier auf Dinge festgelegt werden könnte, die man ggf. nicht wolle. Das Verhältnis zu Russland unterliege einer schwierigen Perspektive: mittel- bis langfristig müsse und werde es wieder verstärkten Dialog geben. Russland sei vor allem expansiv ausgerichtet, um Großmachtgefühle zu bedienen, die mit dem Ende des Kalten



Krieges verloren wurden, daher sei für die EU ein Assoziierungsabkommen mit Moldau und der Ukraine wichtig.

Es wurden zudem strukturelle Fragen angesprochen. Ein europäischer Bundesstaat – Vereinigte Staaten von Europa bräuchte einen gemeinsamen Markt, eine Währung, eine Außen- und Sicherheitspolitik; die EU brauche Budgetautonomie, es brauche eine Regulierung des Arbeitsmarkts und die Flüchtlingspolitik würde Unionsaufgabe. Es brauche eine gemeinsame Süd- und Ostpolitik. Die Erweiterungspolitik schließe die westlichen Balkanstaaten ein; aktuell würde die EU nationalistische Tendenzen durch fehlende Beitrittsperspektiven forcieren. Die Türkei müsse eng an Europa gebunden werden – Europäisches Projekt ist inklusiv, nicht exklusiv; Eine Europäische Armee werde benötigt, diese müsse ein starker Partner in der NATO sein. Vorläufer müsse das Battle Groups-Konzept sein und weiter ausgearbeitet werden – die Finanzierung müsse über ein europäisches Budget erfolgen. Zentral sei eine glaubwürdige Abschreckung – ohne die werde z.B. in der Ukraine Krise keine Lösung gefunden. Das Ziel müsse lauten: gleichzeitige Abschreckung und Gesprächsangebot.

Es wurde über „Minsk II“ gesprochen: Das Problem kam auf, wie wir Minsk II umsetzen können. Mittel seien Wirtschaftssanktionen, gleichzeitig müssten Gesprächsangebote aufrechterhalten werden, militärische Abschreckung müsse mitgedacht werden und es brauche mehr europäische Diplomatie: in Minsk fehlten die EU und es fehlte Washington. Man müsse die Qualifizierte Mehrheitsentscheidung nutzen, um voranzugehen - Großbritannien müsse z.B. in der Flüchtlingsfrage überstimmt werden, da es dort ein absoluter Blockierer sei.

Es wurde debattiert, wie die innere Stabilität der EU aussehe, es kamen Hinweise auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien und Schottland. Es wurde gefragt, wie wir es schaffen, die USA und Europa gemeinsam zu koordinieren – die USA freuten sich hingegen mittlerweile, wenn wir Aufgaben übernähmen – die Kleinstaaterei in den Armeen (2 Mio. Soldaten unter Waffen) sei Irrsinn, da müssten wir raus. Es wurde diskutiert, ob die demokratische Öffentlichkeit der EU soweit sei, den notwendigen militärischen Beitrag der EU zu akzeptieren und man diskutierte, wie man das Verhältnis zu China neu regeln solle. Es wurde gefragt, ob die EU naiv gewesen sei, als sie mit der Ukraine ein Assoziierungsabkommen haben schließen wollen. Die Frage nach der Rolle der OSZE wurde gestellt, um die Europäische Sicherheitsarchitektur zu verbessern. Auch kritisch wurde von einem Teilnehmer angemerkt, die EU habe gegen Verträge mit Russland verstoßen, wir seien Russland zu nahe gekommen, daher sei Russlands Vorgehen legitim.

In einer Zusammenfassung wurde dargelegt, Russland sei eine neue Gefahr für den Frieden in Europa, der Kalte Krieg sei in neuer Form wieder da und man müsse die eigene militärische Komponente stärken, um dieser Bedrohung zu begegnen.